Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Bildungskarte für die Inanspruchnahme von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes zu prüfen. Das Prüfergebnis, das auch eine Kostenkalkulation enthält, wird dem Stadtrat vorgelegt.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit anderen Kommunen, die die Bildungskarte bereits zur Verfügung stellen, in Kontakt zu treten, um die damit entstandenen Kosten zu recherchieren. Dabei wird ebenfalls erfragt, wie hoch das Interesse an dem Angebot bei deren Einführung war und wie sich die Nachfrage nach der Bildungskarte in der Folgezeit entwickelt hat.

Die Stadtverwaltung informiert den Stadtrat im April 2022 über die Ergebnisse.